

Zusammenfassung Veranstaltung „Grenzen der Nachverdichtung“

2.12.2019, 17.30-20 Uhr in der GLS-Gemeinschaftsbank

Bericht über die Veranstaltung, Autorin: Katharina Seegelke (BUND Hamburg)

Begrüßung

Manfred Braasch (BUND Hamburg) begrüßt die Teilnehmer*innen zu der Veranstaltung „Grenzen der Nachverdichtung“. Auch die dritte Veranstaltung in der Reihe „Brennpunkt Stadtentwicklung“ findet in Kooperation mit der HafenCity Universität und der Hamburgischen Architektenkammer statt und wird unterstützt von der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung. Die Veranstalter freuen sich über knapp 70 Teilnehmer*innen, die der Einladung gefolgt waren.

Kern des heutigen Abends ist die Frage, wie eine verträgliche Nachverdichtung aussehen kann, die zur Realisierung der Wohnungsbauziele beiträgt, gleichzeitig aber die Grenzen der Nachverdichtung beachtet. Dies betrifft sowohl die Akzeptanz in den Quartieren als auch den Schutz der (noch) vorhandenen Grün- und Freiflächen.

Auch durch die dritte Veranstaltung leitet Karin Heuer (Referentin für Umwelt und Bildung), die die Teilnehmer*innen ebenfalls sehr herzlich begrüßt und die Referent*innen vorstellt.

Einführungsvortrag

Prof. Dr. Jörg Knieling (HafenCity Universität Hamburg) übernimmt die Einführung in die Thematik des Abends. Hamburgs bebaute Fläche habe sich seit 1960 deutlich vervielfacht und die Vorteile von Nachverdichtung zur Schaffung von neuem Wohnraum liegen auf der Hand (weniger Flächenverbrauch, Nutzung bereits vorhandener Infrastruktur etc.). Gleichzeitig seien Nachverdichtungsprojekte, insbesondere in bereits dicht bebauten Quartieren, mit einer Vielzahl an Konfliktlagen behaftet (erhöhtes Verkehrsaufkommen, weniger Grün- und Freiflächen etc.).

Deshalb sei es grundsätzlich wichtig, jedes Vorhaben einer Einzelfallprüfung zu unterziehen und Projekte zu fördern, die eine flächenschonende Nachverdichtung zum Ziel haben. Der Verlust von Freiflächen und ökologischer Qualität sowie die daraus resultierenden Folgekosten sollten bei jeder Planung von Anfang an einberechnet werden. Herr Knieling spricht sich zudem für ein fortlaufendes Monitoring zur Nachvollziehbarkeit der Flächenverluste durch Nachverdichtung aus und plädiert für eine flexiblere Nutzung des Bestands.

Podiumsdiskussion

Anschließend begrüßt Karin Heuer die Podiumsgäste Susanne Metz (Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen), Berthold Eckebrecht (Hamburgische Architektenkammer), Prof. Dr. Jörg Knieling (HafenCity Universität) und Manfred Braasch (BUND Hamburg). Die Diskussionsrunde wird durch Fragen aus dem Publikum ergänzt.

Zu Beginn der Diskussion geht es um die Frage, wie Hamburg bei der Identifizierung von Flächenpotenzialen zur Nachverdichtung vorgeht. Frau Metz verweist auf die PAUL-Datenbank, die Potenzialflächen aufzeigt und regelmäßig in den Bezirken überarbeitet wird. Zur Einbindung der Bevölkerung in den Flächenfindungsprozess werde darüber hinaus derzeit das DIPAS (Digitales Partizipationssystem) weiterentwickelt.



Anschließend geht es um die Grenzen von Nachverdichtung. Herr Eckebrecht führt an, dass die Schaffung von städtischer Dichte einhergehen müsse mit der Schaffung von Weite an anderer Stelle. Die Architektenkammer erarbeite daher zurzeit einen so genannten „Atlas der Weite“ für Hamburg. Er kritisiert, dass die derzeit vorhandene grüne Infrastruktur dem Bevölkerungswachstum nicht gerecht werden könne und fordert mehr öffentliche Gelder für einen weiteren Ausbau.

Herr Braasch betont, dass der Naturschutz in Hamburg vor allem auch entsprechend mehr Flächen benötige. Dazu müsse sich Hamburgs Siedlungsflächenverbrauch drastisch reduzieren – und zwar in allen Bereichen (Wohnen, Gewerbe, Verkehr). Er bringt den Begriff des Netto-Null-Flächenverbrauchs in die Diskussion ein. Herr Knieling schließt sich der Argumentation an. Die Flächenkreislaufwirtschaft müsse ebenso in den Fokus gerückt werden wie es in anderen Forschungsbereichen bereits der Fall ist, z.B. im Bereich der Abfall- und Energiewirtschaft.

Sowohl Herr Braasch als auch Herr Knieling bemängeln, dass Hamburg von einer nachhaltigen Flächennutzung derzeit noch weit entfernt sei. Je länger mit einer Zielzahl von 10.000 neuen Wohneinheiten pro Jahr ohne ein entsprechendes Umsetzungskonzept agiert werde, umso größer würden die dadurch entstehenden Konflikte. Es brauche ein klares Bekenntnis zum Netto-Null-Ziel. Außerdem sei es laut Herrn Knieling wichtig, das Wohnen auf kleiner Fläche mit positiven Bildern zu besetzen, um langfristig ein gesellschaftliches Umdenken zu ermöglichen. Die Frage „Wie baue ich nichts?“ erfordere ein komplettes Umdenken und müsse von allen Akteuren getragen werden – nur so könne Netto-Null nachhaltig umgesetzt werden.

Mit Blick auf den Verlust von Grünflächen im Zuge von Nachverdichtungsprojekten spricht Herr Eckebrecht eine weitere Problematik an. Es sei ein grundsätzliches Defizit, dass im Zuge von Bauvorhaben keine verpflichtende Freiflächenplanung vorgegeben sei, ganz im Gegenteil zur Gebäudeplanung, für die eine offizielle Abnahme erfolgen muss.

Manfred Braasch lenkt die Diskussion auf das Thema der Magistralenentwicklung, die er im Zusammenspiel mit einem funktionierenden Mobilitätskonzept als wichtigen Beitrag zum Netto-Null Flächenverbrauchsziel sieht. Sowohl Herr Eckebrecht als auch Frau Metz schließen sich dem an, betonen aber auch wie wichtig es hierbei sei, die Bevölkerung von Anfang an zu beteiligen.

Dies gilt im Allgemeinen natürlich für alle Stadtentwicklungsprojekte und insbesondere für Nachverdichtungsprojekte. Herr Braasch kritisiert in diesem Zusammenhang abermals die Zielsetzung des Senates von 10.000 Wohneinheiten pro Jahr ohne Vorhandensein eines Umsetzungskonzeptes. Dies stelle die Bezirke in der Praxis immer wieder vor Herausforderungen und führe dazu, dass mitunter Projekte genehmigt würden, die eine erhebliche Dichte aufweisen und andernfalls so wahrscheinlich nicht genehmigt worden wären. Er plädiert dafür, die geltenden Mindestabstandswerte der HBauO anzuheben, um zumindest auf einer ordnungspolitischen Ebene eine Gestaltung zu ermöglichen. Frau Metz erwidert, dass die BSW zurzeit an der Ausgestaltung eines „Hamburger Maß der Verdichtung“ arbeite, welches zeitnah veröffentlicht werden und den Bezirken und Planer*innen eine Entscheidungshilfe bieten soll.

Alle Diskutant*innen sind sich einig, dass im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung der Dialog der verschiedenen Disziplinen unbedingt fortgesetzt werden müsse. Außerdem brauche es den Rückhalt seitens der Politik, um innovative Lösungen in den verschiedenen Bereichen umzusetzen. Herr Knieling spricht sich zum Abschluss für ein „Bündnis für mehr Lebensqualität“ anstelle des „Bündnis für das Wohnen“ aus und erntet dafür Beifall aus dem Publikum.

